

PRESSESTATEMENT

IGP zu Global 2000 & Grüne: Faktenresistenz & Wahlkampfaktionismus sind Gefahr für Konsumenten

Utl.: Global 2000 und Grüne argumentieren nicht auf Basis aktueller wissenschaftlicher Fakten, sondern rezitieren Broschüren aus NGO-Kampagnenwerkstätten – 3.300 Studien belegen Unbedenklichkeit von Glyphosat

Wien, 8. September 2017 ... „Global 2000 ist offensichtlich faktenresistent und setzt seine absurde Kampagne gegen Glyphosat fort. Aber auch durch Wiederholung werden die Argumente, die auf sogenannten Studien der eigenen Kampagnenwerkstatt gestützt sind, nicht wahrer. Vielmehr zeigt sich, dass Global 2000 nicht an einer sachlichen Diskussion, sondern an Panikmache und Populismus interessiert ist“, so Christian Stockmar, Obmann der IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP). Dies zeigt sich nicht zuletzt an der Tatsache, dass Global 2000 Politiker nun offen dazu auffordert, das Zulassungsverfahren zu beeinflussen. „Die Regularien sehen klar vor, dass eine Entscheidung für oder gegen einen Wirkstoff wissenschaftlich basiert und nicht aus politischen Launen und Wahlkampfaktionismus heraus erfolgen soll. Daran kann man durchaus ablesen, dass das Vertrauen in die eigenen Argumente enden wollend ist“, so Stockmar.

Verantwortung heißt Glyphosat-Zulassung verlängern

Die IGP steht für einen sachlichen Dialog. Entsprechend sollten folgende Fakten auch in die Diskussion einbezogen werden. Bei einem Verbot von Glyphosat

- sinken die Ernten von Raps, Roggen, Weizen und Mais um ca. 22 Prozent,
- sinken die landwirtschaftlichen Umsätze in Europa um 25 Prozent, also 11 Milliarden Euro,
- steigt das Risiko von Bodenerosion, weil der pfluglose Anbau abnehmen wird,
- steigen die CO₂-Emissionen aufgrund der Zunahme an Pflugüberfahrten und den dadurch zunehmenden Dieserverbrauch sowie Kohlenstoffemissionen aus dem Boden,
- sinkt die Bodenqualität in ganz Europa aufgrund vermehrter Überfahrten und der Zerstörung der Böden durch vermehrtes Pflügen
- sinkt die Biodiversität, da Bodenlebewesen und -organismen, Insekten, Vogelnester und -eier sowie Jungtiere durch das verstärkte Pflügen gefährdet werden,
- steigt der Unkrautbefall, während die Erträge und Qualität der Ernte sinken,
- steigt der Bedarf an Ackerland, weshalb Naturräume und Habitate mit einer deutlich höheren Artenvielfalt in Ackerland umzuwandeln wären.

Dazu Stockmar: „Eine politische Entscheidung gegen Glyphosat ist verantwortungslos. Damit nimmt man einen Schaden für Umwelt, Landwirtschaft und Wirtschaft sowie Konsumenten in Kauf. Und dass, um einen Wirkstoff zu verbieten, der laut aktuellem wissenschaftlichen Stand und auf Basis von 3.300 Studien mit insgesamt 90.000 Seiten bei sachgemäßem Einsatz für Mensch, Tier und Umwelt unbedenklich ist.“

Gesundheitsbehörden belegen Unbedenklichkeit

„Global 2000 ist nicht an einer sachlichen Diskussion interessiert. Das belegt nicht zuletzt das Beharren auf der Einstufung der Internationalen Krebsforschungsagentur (IARC). Die australische Behörde Australian Pesticides and Veterinary Medicines Authority (APVMA) hat dazu eine Bewertung verfasst und kein Krebsrisiko für Menschen festgestellt (Quelle: <https://apvma.gov.au/node/13891>). Auch das Joint Meeting on Pesticide Residues (JPMR) und damit die WHO selbst haben die Einstufung zurückgewiesen. Sämtliche Gesundheitsbehörden weltweit, die mit einer Bewertung von Glyphosat betraut waren, kommen zu dem Schluss, dass Glyphosat bei sachgemäßem Einsatz für Mensch, Tier und Umwelt unbedenklich ist.“ Und Global 2000 ignoriert die Tatsache, dass mit Christopher Portier ein Aktivist der NGO Environmental Defense Fund maßgeblich Einfluss auf die IARC-Einstufung genommen hat. Ebenso verheimlichen sie, dass Aaron Blair (US National Cancer Institute und Vorsitzender der Arbeitsgruppe in der IARC) Studien unterschlagen hat, die belegen, dass Glyphosat keinen Krebs verursacht. Das geht aus Protokollen eines US-Gerichtsprozesses hervor (Quelle: <https://www.reuters.com/investigates/special-report/glyphosate-cancer-data/>).

Hintergrund

Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) ist die Interessengemeinschaft der Pflanzenschutzmittel-produzierenden Unternehmen in Österreich. Ihre Kernaufgabe liegt in einer offenen und sachlichen Information rund um das Thema Pflanzenschutz. Dabei steht die IndustrieGruppe Pflanzenschutz als Gesprächspartner für Politik, Verwaltung und Umweltorganisationen zur Verfügung. Die 15 Mitglieder der IndustrieGruppe Pflanzenschutz sind die wichtigsten Produzenten und Händler von Pflanzenschutzmitteln in Österreich. Sie beschäftigen rd. 370 Mitarbeiter und erwirtschaften pro Jahr ca. 130 Millionen Euro an Umsatz.

Pressekontakt

Daniel Kapp | Strategic Consulting & Responsible Communication GmbH

Presse IndustrieGruppe Pflanzenschutz

Mail: presse@igpflanzenschutz.at

Tel.: +43 1 2350422-0